

## Die Präsenz der russischen Wirtschaft in der GUS: T. 2: Finanzbeziehungen

Surubovic, Aleksej; Usakova, Natalija

Veröffentlichungsversion / Published Version

Forschungsbericht / research report

### Empfohlene Zitierung / Suggested Citation:

Surubovic, A., & Usakova, N. (1999). *Die Präsenz der russischen Wirtschaft in der GUS: T. 2: Finanzbeziehungen*. (Berichte / BIOst, 10-1999). Köln: Bundesinstitut für ostwissenschaftliche und internationale Studien. <https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:0168-ssoar-43946>

### Nutzungsbedingungen:

Dieser Text wird unter einer Deposit-Lizenz (Keine Weiterverbreitung - keine Bearbeitung) zur Verfügung gestellt. Gewährt wird ein nicht exklusives, nicht übertragbares, persönliches und beschränktes Recht auf Nutzung dieses Dokuments. Dieses Dokument ist ausschließlich für den persönlichen, nicht-kommerziellen Gebrauch bestimmt. Auf sämtlichen Kopien dieses Dokuments müssen alle Urheberrechtshinweise und sonstigen Hinweise auf gesetzlichen Schutz beibehalten werden. Sie dürfen dieses Dokument nicht in irgendeiner Weise abändern, noch dürfen Sie dieses Dokument für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, aufführen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Mit der Verwendung dieses Dokuments erkennen Sie die Nutzungsbedingungen an.

### Terms of use:

This document is made available under Deposit Licence (No Redistribution - no modifications). We grant a non-exclusive, non-transferable, individual and limited right to using this document. This document is solely intended for your personal, non-commercial use. All of the copies of this documents must retain all copyright information and other information regarding legal protection. You are not allowed to alter this document in any way, to copy it for public or commercial purposes, to exhibit the document in public, to perform, distribute or otherwise use the document in public.

By using this particular document, you accept the above-stated conditions of use.

Die Meinungen, die in den vom BUNDESINSTITUT FÜR OSTWISSENSCHAFTLICHE UND INTERNATIONALE STUDIEN herausgegebenen Veröffentlichungen geäußert werden, geben ausschließlich die Auffassung der Autoren wieder.

© 1999 by Bundesinstitut für ostwissenschaftliche und internationale Studien, Köln

Abdruck und sonstige publizistische Nutzung – auch auszugsweise – nur mit vorheriger Zustimmung des Bundesinstituts sowie mit Angabe des Verfassers und der Quelle gestattet.

Bundesinstitut für ostwissenschaftliche und internationale Studien, Lindenbornstr. 22, D-50823 Köln,  
Telefon 0221/5747-0, Telefax 0221/5747-110; Internet-Adresse: <http://www.uni-koeln.de/extern/biost>;  
e-mail: [biost.koeln@mail.rrz.uni-koeln.de](mailto:biost.koeln@mail.rrz.uni-koeln.de)

ISSN 0435-7183



## Inhalt

	Seite
Kurzfassung.....	3
1. Russisches Kapital im Finanzsektor der GUS .....	5
2. Verstärkte ökonomische Präsenz der russischen Wirtschaft in der GUS als Ausgleich für die Verschuldung der GUS-Länder.....	12
3. Die Aussichten einer Intensivierung der Präsenz der russischen Wirtschaft in den GUS-Staaten.....	20
Summary .....	27

8. Februar 1999

Dieser Bericht ist aus einem Forschungsauftrag des Bundesinstituts für ostwissenschaftliche und internationale Studien hervorgegangen.

Die Verfasser sind wissenschaftliche Mitarbeiter am Institut für internationale wirtschaftliche und politische Studien (IMEPI), Moskau.

Redaktion: Roland Götz/Brigitta Godel

Übersetzung: Olga Löwen



**Aleksej Šurubovič/Natalija Ušakova**

## **Die Präsenz der russischen Wirtschaft in der GUS**

Teil II: Finanzbeziehungen

Bericht des BIOst Nr. 10/1999

### **Kurzfassung**

#### *Vorbemerkung*

In diesem zweiteiligen Bericht werden die Präsenz Rußlands in den wichtigsten Wirtschaftssektoren der GUS-Länder analysiert, die vorhandenen Probleme aufgezeigt und die Perspektiven einer Festigung der Position Rußlands in den Staaten der Gemeinschaft bewertet. Dabei werden der Platz Rußlands in den Außenhandelsbeziehungen der GUS-Länder, die Präsenz russischen Kapitals im Bereich der materiellen Produktion sowie im Finanzsektor dieser Länder eingehend untersucht. Besondere Beachtung wird der Verschuldung der GUS-Länder bei Rußland als einem Expansionsfaktor geschenkt. Die Formen russischer Präsenz in den wichtigsten Wirtschaftsbereichen der Staaten der Gemeinschaft sowie die zukünftige potentielle Ausrichtung dieser Präsenz werden beschrieben. Die Folgen der Finanzkrise in Rußland werden, soweit dies bereits möglich ist, unter dem Aspekt des Ausbaus der ökonomischen Position in der GUS betrachtet.

Als Quellen dienen: Datenmaterial des Zwischenstaatlichen Statistischen Komitees der GUS, des Goskomstat der Rußländischen Föderation (RF), Informationen von Wirtschaftsbehörden (des GUS-Ministeriums, des Ministeriums für Wirtschaft u.a.) sowie wissenschaftliche Untersuchungen und Periodika aus Rußland und anderen GUS-Ländern.

#### *Ergebnisse*

1. Die Expansion russischen Kapitals in den Finanzsektor der GUS-Länder, in erster Linie in das jeweilige nationale Bankensystem, ist eine wichtige Marschrichtung. Russische Banken sind praktisch in allen Ländern der Gemeinschaft tätig, gründen dort Niederlassungen, Tochterunternehmen sowie Vertretungen und erwerben Aktien der Inlandsbanken. Sie dehnen ihre Geschäftstätigkeit allmählich aus: Haben sie sich früher hauptsächlich mit dem gegenseitigen Zahlungsverkehr und Operationen mit beschränkt konvertiblen Währungen befaßt, arbeiten sie neuerdings mit Wertpapieren und vergeben Kredite an Industrieunternehmen in den Partnerländern. In einigen Ländern waren es die russischen Banken, die moderne Bankdienstleistungen, neue effiziente Zahlungsformen und Finanzinstrumente einführten. Russisches Kapital strebt in jüngster Zeit auch in das Versicherungswesen einiger Länder und auf die Wertpapiermärkte, allerdings ist es dort bislang kaum vertreten. Bis vor kurzem trug die umfassende Verwendung des russischen

- Rubel im gegenseitigen Zahlungsverkehr dazu bei, die ökonomische Position Rußlands zu festigen. Infolge der jüngsten Ereignisse auf dem Finanzmarkt Rußlands wird der Rubel aber allmählich aus dem Verrechnungsverkehr verdrängt, was in Zukunft sehr negative Folgen für die ökonomische Rolle Rußlands in der Region haben kann.
2. Auch die Rolle Rußlands als Kreditgeber praktisch aller Partnerländer trägt zum Ausbau seiner Position bei. Alle Länder der Gemeinschaft haben Außenstände aus früher gewährten Staatskrediten. Außerdem haben einige erhebliche Schulden beim russischen Brennstoff-Energie-Komplex. Rußland versucht diesen Umstand zum Ausbau seiner Präsenz in den Ländern zu nutzen, indem es gegen Anrechnung auf die Schulden vielversprechende Betriebe erwirbt und Aktien von Betrieben als Sicherheit für gewährte Kredite erhält. Bei starker Abhängigkeit einiger Staaten der Gemeinschaft von den Energielieferungen verschärfen die russischen Brennstoff-Energie-Gesellschaften ihre Konditionen, in der Absicht, die wichtigsten Betriebe dieses Bereichs und anderer Branchen dieser Länder unter ihre Kontrolle zu bekommen. Bislang konnte Rußland den Faktor der Verschuldung allerdings nicht voll ausschöpfen, da die Partnerländer Rußland nicht die Kontrolle über die Schlüsselunternehmen und -branchen überlassen wollten.
  3. In nächster Zukunft wird der Ausbau der russischen Präsenz in den GUS-Ländern und die Entwicklung der Handels- und Wirtschaftsbeziehungen zwischen Rußland und seinen Partnern als Ganzes von einigen unterschiedlich gearteten Faktoren abhängen: von der Wirtschaftslage in Rußland und den GUS-Ländern, von der Entfaltung der Integrationsprozesse in der Region, vom Verlauf der marktwirtschaftlichen Reformen, von politischen und geopolitischen Faktoren usw. Ein wichtiges Merkmal der ökonomischen Zusammenarbeit dürfte die Umstellung auf eine langfristige Basis sein, die unter anderem den russischen Unternehmern neue Möglichkeiten in der GUS böte. Die russische Position in der Region wird durch den sich abzeichnenden Kurs der Regierung Rußlands, die Beziehungen zu den GUS-Ländern zu aktivieren und diesen tatsächlich Vorrang einzuräumen, voraussichtlich gefestigt werden. Insgesamt ist in absehbarer Zeit damit zu rechnen, daß sich Rußland angesichts der unverkennbaren Schwierigkeiten in den Handels- und Wirtschaftsbeziehungen zum "fernen Ausland" stärker den GUS-Staaten zuwendet. Die ökonomische Präsenz Rußlands in diesen Ländern wird wahrscheinlich erhalten bleiben. Allerdings dürfte es Rußland in Anbetracht seiner erheblichen Schwäche und des aktiven Widerstands von Drittstaaten kaum gelingen, seine Position in der Region wesentlich auszubauen.

## 1. Russisches Kapital im Finanzsektor der GUS

Der Finanzsektor ist einer der wichtigsten Bereiche, in den russisches Kapital strebt. Beim Übergang zur Marktwirtschaft erlangt die Finanzinfrastruktur (Banken, Versicherungen, Wertpapiermarkt u.a.) ungeheure Bedeutung: In diesem Bereich wurden nach Ansicht der meisten Experten die Reformen in fast allen Ländern der Gemeinschaft deutlich erfolgreicher umgesetzt als in anderen. Vor dem Hintergrund der schweren Wirtschaftskrise im realen Sektor verlief die Entwicklung im Finanzsektor bislang relativ günstig, und er war der gewinnbringendste und zuverlässigste Investitionsbereich. Darum ist es wenig erstaunlich, daß ausländisches (darunter russisches) Kapital dem Engagement in diesem Bereich vorrangige Bedeutung beimißt.

Besondere Aufmerksamkeit verdient die Geschäftstätigkeit russischer Banken in der GUS, die bei der Entwicklung von Wirtschaftsbeziehungen und der Entfaltung von Integrationsprozessen in der Gemeinschaft eine aktive Rolle spielt. Die Präsenz russischer Bankenstrukturen trägt zur Regelung von Verrechnungen zwischen den Wirtschaftssubjekten der Rußländischen Föderation (RF) und ihren Partnern im "nahen Ausland" bei (bekanntlich ist das Fehlen eines effizienten Verrechnungssystems einer der Hauptfaktoren, die die Entwicklung des Handels und der Produktionsintegration hemmen), erleichtert die Expansion des russischen Kapitals in andere Wirtschaftsbereiche der GUS und leistet einen gewichtigen Beitrag zur qualitativen Verbesserung der Bankensysteme in diesen Ländern.

In den Staaten der Gemeinschaft gibt es einige Dutzend Bankgründungen mit russischer Beteiligung: Filialen, Tochterunternehmen, Gemeinschaftsbanken und Vertretungen. Die größten Aktivitäten entfalten die russischen Banken in den Ländern, die die wichtigsten Wirtschaftspartner Rußlands in der GUS sind: Ukraine, Belarus, Kasachstan sowie Usbekistan, Kirgisien und Armenien. In der Ukraine wurde 1997 die "Inkombank-Ukraina", eine Tochter der Moskauer "Inkombank", registriert und nahm ihre Arbeit auf. Diese Bank mit einem eingetragenen Grundkapital von 11,5 Mio. USD war die erste, zu 100% mit russischem Kapital finanzierte Bank in der Ukraine. Die Zentrale befindet sich in Kiew, das Zweigstellennetz umfaßt Vinnycja, Dnipropetrovs'k, Donec'k und Cherson. Außerdem gibt es in der Ukraine Filialen der "Nationalen Reservebank" und der "Aëroflot"-Bank, Vertretungen einiger Banken sowie einige Geschäftsbanken mit russischer Beteiligung. In Belarus bieten die Filiale der "Mosbiznesbank" und Vertretungen von 5 Banken ihre Dienste an; 2 Banken sind mit russischer Beteiligung entstanden ("Slavneft'bank" und "Belgazprombank"). Russische Finanzinstitute halten Aktien einiger Banken (der "ONÉKSIMbank" gehören 49% der Aktien der "MinskKompleksbank", die nach Grundkapitalhöhe zu den 5 größten Banken der Republik zählt).<sup>1</sup>

---

<sup>1</sup> Gegenwärtig werden die Einlagen der "ONÉKSIMbank" auf die "Rosbank" umgeschrieben, eine Holdinggesellschaft, die von der "ONÉKSIMbank", der "Most-bank" und der "MENATEP"-Bank im September 1998 gegründet wurde.



In Kasachstan wurden 2 Banken mit hundertprozentiger russischer Beteiligung gegründet: die Tochterunternehmen der "Al'fa-bank" und der "Neftechimbank" sowie 1 Gemeinschaftsbank mit russischer Beteiligung. In Armenien betätigt sich die "MENATEP-Erevan", eine Tochter der "MENATEP"-Bank, die bis 1997 eine Zweigstelle der Bank war. Im Frühjahr 1998 nahm auch die Bank "Rossijskij kredit-Armenija", eine Tochter der "Rossijskij kredit" mit einem Grundkapital von über 1 Mio. USD, ihre Arbeit auf, die das gesamte Sortiment an Finanzdienstleistungen anbieten soll, einschließlich der Entwicklung des Kreditkarten- und Wechselmarktes.<sup>2</sup> In Kirgisien wurde eine Tochter der "Avtobank" gegründet und eine Vertretung der "Kreditimpëksbank", in Turkmenistan die Gemeinschaftsbank "Rossijskij kredit", an der die gleichnamige Bank 51% der Aktien hält, in Aserbaidžan ein Tochterunternehmen der "Most-bank", die "Most-bank-Azerbaidžan", zu 100% mit russischem Kapital. Tochterbanken der "Rossijskij kredit" sollen in Georgien, Aserbaidžan und Kirgisien entstehen.

Die Expansion russischer Banken ins "nahe Ausland" wird insofern erleichtert, als dort bereits 1995 die normative Grundlage für die Registrierung ausländischer Banken in den GUS-Ländern geschaffen und in Rußland zu diesem Zwecke die Gesetzgebung über Kapitalexport ausgearbeitet wurde. Die Zentralbanken in Belarus, Kirgisien und der Ukraine verhalten sich wohlwollend in bezug auf die Präsenz der größten russischen Banken auf ihren Finanzmärkten.

Einer der Gründe, der die russischen Banken veranlaßt, sich in den ehemaligen Republiken niederzulassen, ist die Notwendigkeit, den Rechnungen ihrer größten Klienten zu folgen. Als die Moskauer "Avtobank" in Kirgisien eine Tochterbank registrieren ließ, verfolgte sie damit ein konkretes Ziel: zwischen ihren Klienten, Unternehmen im Bereich des Goldbergbaus und der Goldverarbeitung, und kirgisischen Unternehmen gleichen Profils ein System engerer Zusammenarbeit zu schaffen.

Die Geschäftstätigkeit russischer Banken in der GUS kann nach Ansicht einiger Experten in zwei Etappen eingeteilt werden. In der ersten Etappe (ungefähr bis 1995) waren die Banken hauptsächlich mit Verrechnungen und Transaktionen in den beschränkt konvertiblen Währungen der GUS-Länder beschäftigt. In der zweiten Etappe (seit 1995 bis heute) haben sie ihr Betätigungsfeld deutlich erweitert: Sie haben begonnen, mit staatlichen Wertpapieren und Aktien von zu privatisierenden Unternehmen zu arbeiten, Industrieunternehmen in den Partnerländern Kredite zu gewähren usw.

Die Tätigkeit der russischen Banken in der GUS im gegenseitigen Verrechnungsverkehr ist dem Ausbau des Handels Rußlands mit diesen Ländern förderlich. So wird sich der russisch-armenische Warenumsatz durch die Eröffnung der Bank "MENATEP-Erevan" und der "Rossijskij kredit-Armenija" voraussichtlich fast verdoppeln (das unterentwickelte Interbankensystem hemmte bislang eine Aktivierung des Handels). Die Bank "Rossijskij kredit" kontrollierte 1995 mindestens 30% der Clearingverrechnungen zwischen Rußland und der Ukraine. Das Tochterunternehmen der "Avtobank" in Kirgisien, die "Amanbank", spielt in den Handelsbe-

---

<sup>2</sup> Ėkonomičeskie novosti Rossii i Sodružestva, Nr. 7, 1998, S. 4.

ziehungen Rußlands mit Kirgisien eine wichtige Rolle, weil sie zum Beispiel die Zahlungen eines der größten Unternehmen in Kirgisien, des Antimonkombinats in Katamžaj, mit russischen Partnern abwickelt.

Russische Banken sind bei Transaktionen mit beschränkt konvertiblen Währungen der GUS-Länder führend. Westliche Banken arbeiten bislang noch nicht aktiv mit diesen Währungen und halten keine laufenden Bestände; hierin haben russische Banken einen erheblichen Vorsprung aufzuweisen, da sie weitaus mehr Erfahrung mit "weichen" Währungen besitzen. Auf dem Markt für beschränkt konvertible Währungen sind unter den russischen Banken "Rossijskij kredit", "Kreditimpéksbank", "Mosbiznesbank" und einige andere führend. Sie verfügen über ein umfassendes Netz von Korrespondenzbanken in der GUS und setzen dort eigene Expansionsprogramme um. Die "Alfa-bank" in Almaty ist beispielsweise eine der wenigen in Kasachstan, die Überweisungen nach Rußland vornimmt, und hat großen Einfluß auf den Markt der kasachischen Währung Tenge. Die turkmenisch-russische Bank "Rossijskij kredit", die für praktisch alle, Auslandsbanken gestatteten Bankoperationen in Manat eine Lizenz hat, beginnt, den Geldmarkt Turkmenistans zu erobern. Im Juli 1996 erhielt die Bank eine Generallizenz der turkmenischen Zentralbank für alle Transaktionen in ausländischer Währung, was ihr den Zugang zum internationalen Finanzmarkt eröffnet. Außerdem will die Bank den Zahlungsverkehr zwischen der Ukraine und Turkmenistan übernehmen (die Ukraine ist bekanntlich ein Großabnehmer turkmenischen Gases).

Eine wichtige Betätigung der russischen Banken sind Transaktionen auf dem Wertpapiermarkt der GUS-Länder, insbesondere bei staatlichen Wertpapieren. Das größte Engagement in dieser Richtung zeigen sie in der Ukraine, Belarus und Kasachstan. Die "Neftechimbank" hat nach einer Vereinbarung mit der Nationalen Bank von Belarus die Möglichkeit bekommen, sich auf dem belarussischen Wertpapiermarkt zu betätigen; Interesse an diesem Markt kommt auch bei "Mosbiznesbank", "Avtobank" und "Rossijskij kredit" zum Vorschein. In Kasachstan betätigt sich inzwischen die Tochter der "Neftechimbank" rege auf dem Wertpapiermarkt.

Neuerdings haben russische Banken begonnen, Industrieunternehmen in der GUS Kredite zu geben. Am meisten entwickelt ist dieser Tätigkeitsbereich in Belarus. Kredite an belarussische Produzenten werden unter anderem von "Avtobank" und der Filiale der "Mosbiznesbank" aktiv gewährt. Die "Avtobank" hatte der belarussischen Produktionsvereinigung "Atlant" (Kühlschrankhersteller in Minsk) einen Kredit zur Produktion von Kompressoren für die in Rußland beliebten Kühlschränke "Minsk" und "Stinol" erteilt, der rasch zurückgezahlt wurde. Eine Garantie für die Rückzahlung des Kredits war, daß der "Avtobank" die Abwicklung von Geschäften mit den Exporterlösen übertragen wurde, die von den russischen Kontrahhändlern der Kühlschränke an das Werk überwiesen wurden. Ein anderes Investitionsprojekt der "Avtobank" in Belarus war die Kreditierung der Glasfabrik in Gomel' (8 Mio. USD für 2 Jahre) mit Regierungsbürgschaft. Die Filiale der "Mosbiznesbank" in Belarus investiert ihre Mittel in Betriebe zur Herstellung

von Reifen und fördert so die Produktionszweige, die mit der russischen Industrie kooperieren.<sup>3</sup>

Die "ONĖKSIMbank", eine der größten in Rußland, zeigt in den letzten Jahren Interesse an der belarussischen Rüstungswirtschaft, insbesondere an Radioelektronik. Über die "Minsk-Kompleksbank", von der sie, wie schon erwähnt, 49% der Aktien besitzt, hatte die "ONĖKSIMbank" großen Unternehmen im Bereich der Radioelektronik wie "Gorizont" und "Integral" Kredite gewährt<sup>4</sup> sowie den Bau der Strecke Brest–Moskau aus Mitteln der EBRD kreditiert.<sup>5</sup>

Die Ende 1996 gegründete russisch-belarussische "Slafneft"bank" wird Investitionsressourcen für den erdölverarbeitenden Komplex in Belarus akkumulieren, vor allem für die Rekonstruktion des erdölverarbeitenden Werks Mozyr'.

In den anderen GUS-Ländern ist die Kreditierung von Industrieunternehmen durch russische Banken bislang wenig entwickelt, allerdings zeichnen sich auch hier gewisse Fortschritte ab. "Russkij kredit" investiert jetzt in die Eisen- und Stahlindustrie der Ukraine. In Armenien entwickelt die Tochter dieser Bank, die "Rossijskij kredit-Armenija", Investitionsprogramme, die prioritäre Industriebereiche der Republik fördern sollen, insbesondere die NE-Metallurgie sowie die Goldgewinnung und -verarbeitung. Möglicherweise wird sich das Interesse der Bank auch auf die Energiewirtschaft und Luftfahrt erstrecken.

In einigen GUS-Ländern haben russische Banken moderne Bankdienstleistungen eingeführt sowie neue, effiziente Zahlungssysteme und Finanzinstrumente ausgearbeitet. Von der "Mostbank-Azerbaidžan", einer Tochter der Moskauer "Mostbank", wurde in Aserbaidschan Ende 1996 erstmals die Bargeldabhebung mit Geldkarten am Automaten eingeführt. Die "ONĖKSIMbank" organisiert den Zahlungsverkehr der Unternehmen in Rußland, der Ukraine, Belarus und Moldova auf der Basis von Wechseln, einem Programm, das bereits in einigen Regionen Rußlands eingesetzt wird. Auf dem Finanzmarkt Kirgisiens gibt es ein neues Zahlungsinstrument: Wechsel der "Amanbank", der Tochter der russischen "Avtobank". Durch die Einführung der Wechsel konnte ein Abkommen zwischen der Regierung Kirgisiens, der "Avtobank" und dem russischen Konzern "Rosšina" über die Lieferung eines großen Warensortiments nach Kirgisien vereinbart werden. 1998 wurde eine neue Tranche von Wechseln für 7 Mio. Som mit einer Umlauffrist zwischen 2 Wochen und einem Jahr in Umlauf gebracht. Als Zahlungsgarantien gelten die Aktiva der "Amanbank" und der "Avtobank".

In der jüngsten Zeit entwickelt sich die Tendenz, die Anstrengungen von Banken in Rußland und anderen GUS-Ländern zur Lösung großer gemeinsamer Aufgaben zu vereinigen. Ein hier einzuordnendes Phänomen war die im Frühjahr 1997 erfolgte Gründung eines Bankenkonsor-

---

<sup>3</sup> R. Grinberg/L. Kosikova: Rossija v SNG: poisk novoj modeli ěkonomičeskogo vzaimodejstvija (naučnyj doklad), Moskau 1997, S. 42.

<sup>4</sup> Finansist, 12, 1997, S. 54.

<sup>5</sup> Belorusskaja gazeta, 12.10.1998, S. 12.

tiums, das aus der russisch-ukrainisch-belarussischen "Kreditimpéksbank",<sup>6</sup> der belarussischen "Belpromstrojbank" und 3 ukrainischen Banken ("Prominvestbank", "Ukrsočbank" und die Bank "Ukraina") besteht. Das Konsortium soll die Integrationsprozesse zwischen den drei Ländern fördern und Voraussetzungen für große gemeinschaftliche Investitionsvorhaben schaffen, in deren Rahmen die Banken die Basissektoren der Länder mit Krediten unterstützen wollen. Im Sommer 1997 wurde im Rahmen des Bankenkonsortiums der erste gebundene Kredit erteilt, mit dem die Lieferung von Erzeugnissen des Minsker Traktorenwerks an die Ukraine unterstützt wird. Eine wichtige Aufgabe des Konsortiums ist das Anbieten von Dienstleistungen in den Handels- und Wirtschaftsbeziehungen zwischen russischen, ukrainischen und belarussischen Unternehmen (so sorgt zum Beispiel die "Kreditimpéksbank" für die bankgeschäftliche Abwicklung des Handels zwischen der Ukraine und Rußland und tritt als Garant von Transaktionen zwischen Warenproduzenten beider Länder auf). Die "Moskomprivatbank", die mit der ukrainischen "Privatbank" (Stadt Dnipropetrovs'k) und der Belarussischen Börsenbank (Minsk) eng verbunden ist, ist ebenfalls auf die Abwicklung von Geschäften zwischen der RF, der Ukraine und Belarus spezialisiert und führt eine mit ihren Partnern in diesen Ländern koordinierte Währungs- und Verrechnungspolitik durch.

Der Grad, in dem Kapital aus Rußland im Bankensektor seiner GUS-Partner repräsentiert ist, variiert deutlich von Land zu Land. Die stabilste Position haben russische Banken in Belarus, wo rund 20% des gesamten Grundkapitals der Banken auf sie entfallen. Dies ruft die Besorgnis der Assoziation belarussischer Banken (ABB) hervor, die in den letzten Jahren wiederholt dazu aufgerufen hatte, die Präsenz ausländischen Kapitals (vor allem russischen) im Bankensystem des Landes einzuschränken, insbesondere den Anteil externen Kapitals am summarischen Bankengrundkapital auf 10% zu begrenzen. Andernfalls würde das russische Kapital nach Ansicht der ABB sich das Bankensystem schon bald unterwerfen, dessen Eigenkapital Anfang 1998, zum Marktkurs umgerechnet, weniger als 160 Mio. USD betrug, weniger also als das Eigenkapital einer jeden großen Bank in Rußland. Gleichzeitig lag der russische Anteil am Grundkapital der Geschäftsbanken in Kasachstan Anfang 1998 bei lediglich 1,5%, in Zahlen ausgedrückt waren es 469 Mio. Tenge (6,7 Mio. USD).<sup>7</sup> In Tadschikistan gibt es praktisch keine russischen (ebensowenig andere ausländische) Banken, hauptsächlich wegen militärpolitischer Gründe.

Will man die Geschäftstätigkeit russischer Banken in der GUS analysieren, ist offensichtlich auch der nicht unwesentliche Umstand zu bedenken, daß diese nicht immer legal ist und sich dementsprechend nicht immer in der offiziellen Statistik niederschlägt. In der Ukraine sind die offiziell repräsentierten russischen Banken nach Ansicht der lokalen Bankiers nur die Spitze des Eisberges, ein beträchtlicherer Teil russischen Kapitals sei illegal auf dem Markt, wozu ukrainische Banken über Scheinfirmer aufgekauft würden. Schon Ende 1995 soll jede

---

<sup>6</sup> Die "Kreditimpéksbank" ist die einzige Bank in Rußland, an deren Grundkapital auch Banken aus der Ukraine und Belarus beteiligt sind: Zu ihren Gründern gehören die ukrainische "Prominvestbank" und seit März 1997 die belarussische "Belpromstrojbank". Sie ist praktisch die Bank dreier GUS-Länder.

<sup>7</sup> *Ėkonomičeskie novosti Rossii i Sodružestva*, Nr. 4, 1998, S. 4.

vierte bis jede fünfte Bank aufgekauft gewesen sein, in der Regel mit Hilfe russischen Kapitals.<sup>8</sup> In Belarus, wo die Investitionstätigkeit von Banken nur beschränkt möglich ist, errichten russische Banken auf Umwegen Unternehmungen, die keine Banken sind, die dann die Aktien der wenigen zur Privatisierung anstehenden Unternehmen aktiv aufkaufen.

Gleichzeitig stehen der weiteren Expansion russischer Banken in den Finanzsektor der GUS einige ernsthafte Probleme und Schwierigkeiten sowohl wirtschaftlicher als auch gesetzgeberischer Art im Wege. In einigen GUS-Ländern sind die notwendigen ökonomischen Voraussetzungen noch nicht geschaffen: Es gibt keinen entwickelten Devisenmarkt, der Wertpapiermarkt steckt in den Anfängen und dürfte die nötige Liquidität nicht sofort erreichen.

In einigen Staaten der Gemeinschaft schränkt die Gesetzgebung die Präsenz ausländischen Kapitals im Bankensektor und die Geschäftstätigkeit von gebietsfremden Banken ein. In Kasachstan darf beispielsweise der Anteil ausländischen Kapitals am gesamten Grundkapital der Banken 25%, in der Ukraine 15% nicht übersteigen. In Belarus ist laut Gesetzgebung die Gründung von Tochterunternehmen ausländischer Banken nicht zulässig; gestattet ist nur die Einrichtung von Gemeinschaftsbanken und Zweigstellen (aber die Filiale einer ausländischen Bank muß laut Presse eigenes Grundkapital haben, was den Unterschied zwischen Filiale und Tochterunternehmen praktisch verwischt).<sup>9</sup>

Gleichzeitig haben ausländische Banken (auch russische) in Kasachstan kein Recht, Zweigstellen einzurichten, und dürfen nur Tochterbanken oder gemeinschaftliche Finanzinstitute gründen. In einigen Ländern ist für ausländische Banken die Rückführung von Gewinnen problematisch.

Negativ wirkt sich auf die Geschäftstätigkeit russischer Banken in der GUS auch die "Nicht-kompatibilität" zwischen der Gesetzgebung Rußlands und jener seiner Partnerländer aus. Die Gründung der russisch-belarussischen "Slavneft"bank" wurde zum Beispiel dadurch erschwert, daß nach den Normativakten der Zentralbank Rußlands russische Banken, die sich an Bankgründungen außerhalb des Landes beteiligen, über mindestens 51% des Grundkapitals der neuen Banken verfügen müssen, während nach belarussischen Gesetzen bei Gemeinschaftsbanken auf dem Territorium von Belarus der belarussischen Seite 51% des Grundkapitals gehören sollen. Eine Kompromißlösung hat recht viel Zeit erfordert; letzten Endes wurde, weil die Bank auf belarussischem Gebiet entstand, die Gesetzgebung des Landes als Richtschnur gewählt. Dementsprechend hält die russische AG "Megionneftegaz" 30% des Grundkapitals der Bank, das Joint-venture "Slavneft" über 10% und verschiedene belarussische Strukturen den Rest.<sup>10</sup>

Darüber hinaus wird die Geschäftstätigkeit russischer Banken in der GUS durch die instabile gesetzgebende und normative Regelungsbasis (in einigen Fällen die Widersprüchlichkeit dieser Basis), die schwach entwickelte Bankeninfrastruktur und einige andere Faktoren

---

<sup>8</sup> Finansovye izvestija, 23.11.1995 und 5.11.1996.

<sup>9</sup> Finansovye izvestija, 27.8.1996.

<sup>10</sup> Belorusskaja delovaja gazeta, 5.12.1996, S. 9.

gehemmt. In jüngster Zeit (nach der berühmten Erklärung von Regierung und Zentralbank am 17. August 1998) gerieten viele russische Banken, die sich in den GUS-Ländern engagieren, insbesondere die "Inkcombank", "MENATEP" u.a., in eine äußerst schwierige finanzielle Lage und sind ernsthaft angeschlagen.

Neben dem Bankensektor versucht russisches Kapital auch in andere Segmente der Finanzmärkte der GUS zu gelangen, darunter in das *Versicherungswesen*, allerdings gibt es nicht allzu viele Beispiele für ein erfolgreiches Vorgehen dieser Art. Ende 1996 beschloß die Erdölgesellschaft "LUKojl", als Gründungsmitglied einer Versicherungsgesellschaft in Aserbaidschan aufzutreten, die angesichts des schwachentwickelten Versicherungsmarktes in diesem Land große Erdölprojekte, Transport- und andere Geschäfte auf Weltniveau absichern sollte. In Armenien bietet die schon erwähnte Bank "Rossijskij kredit-Armenija", die im Frühjahr 1998 ihre Arbeit aufnahm, den Kunden auch Versicherungen an. Das Engagement der russischen Geschäftswelt dürfte, je mehr sich das nationale Versicherungswesen in den GUS-Staaten entwickelt, zunehmen.

Die russischen Unternehmen zeigen seit Mitte der 90er Jahre auch Interesse an den entstehenden *Wertpapiermärkten* der Partnerländer. Besonders aktiv sind hier, wie bereits erwähnt, russische Banken. Gleichzeitig tätigen auch Finanzinstitute, die keine Banken sind, Industrieunternehmen und Privatpersonen Geschäfte mit Wertpapieren. Angesichts des unterentwickelten Marktes für kommerzielle Wertpapiere in fast allen Ländern der GUS wird Kapital aus Rußland hauptsächlich in Staatspapiere investiert, die Gegenstücke zu russischen kurzfristigen Staatsanleihen (GKO). In Moldova, wo staatliche Wertpapiere gute Erträge abwerfen, von der Regierung garantiert sind und die Einnahmen ausländischer Investoren aus diesen Geschäften im Gegensatz zu den meisten anderen Ländern nicht der Besteuerung unterliegen, gehörten russische Banken bis vor kurzen zu den besonders aktiven Käufern. Anfang 1997 hatten sie über Inlandsbanken rund 3 Mio. USD in staatliche Zertifikate mit dreijähriger Umlauffrist investiert (nach dem Bankrott der "Tver'universal'bank", die in Moldova eine stabile Position innehatte, ist das Engagement russischen Kapitals auf diesem Wertpapiermarkt deutlich zurückgegangen). Die russische Geschäftswelt ist ebenfalls auf dem Markt für GKO in Armenien, dem Markt für Inlandsschuldverschreibungen (OVGZ) der Ukraine und dem für Staatspapiere einiger anderer Länder aktiv. Gleichzeitig ist das Interesse russischer Investoren ebenso wie anderer ausländischer Investoren an GKO in Georgien gesunken, was nach Ansicht von Spezialisten auf die Inflationserwartungen zurückzuführen ist.

Wird die russische Präsenz auf den Finanzmärkten der GUS-Länder analysiert, so muß auf die Rolle des russischen Rubel im gegenseitigen Verrechnungsverkehr und Geldumlauf eingegangen werden. Eine größere Rolle des Rubel im Zahlungs- und Verrechnungssystem der Gemeinschaft ist eine wichtige Voraussetzung für die Festigung der Position Rußlands in der Region.

Bis vor kurzem war der russische Rubel nach allgemeiner Überzeugung die "härteste" Nationalwährung der GUS. Dies hängt zusammen mit dem ökonomischen Potential Rußlands, seinem ausgedehnten Warenmarkt, der Rolle, die der Rubel als die Währung der UdSSR spielte,

den beständigen Passiva vieler GUS-Länder gegenüber Rußland, dem entwickelteren Devisen- und Finanzmarkt Rußlands, dem einheitlichen Rubelkurs sowie damit, daß man bei den Geschäftsbanken der RF frei konvertierbare Währungen als Bargeld oder Giralgeld in Rubel kaufen kann (1994 entfielen 8-10% der Nachfrage nach baren Devisen auf die Residenten von GUS-Ländern zwecks Ausfuhr in diese Länder, in Zahlen ausgedrückt wurden 1994 2,5-3,5 Mrd. USD erworben).<sup>11</sup> Die interne Konvertibilität des Rubel eröffnet verglichen mit anderen GUS-Ländern mehr Möglichkeiten, harte Währung zu kaufen aufgrund des weitaus größeren Angebots davon in Rußland.

Der russische Rubel soll bis vor kurzem neben Devisen auch im inländischen Zahlungsverkehr einiger Länder eingesetzt worden sein (allerdings gibt es dafür keine konkreten Zahlen). Auch die Ersparnisse der Bevölkerung waren im relativ "harten" Rubel angelegt. Allerdings dürfte das jüngste Geschehen auf dem russischen Finanzmarkt zu einer Schwächung des Rubel in der GUS führen (oder hat schon dazu geführt). Es gibt bereits Beispiele, wo die Abwicklung von Geschäften in Rubel von den staatlichen Organen eingeschränkt wurde. Sofort nach Ausbruch der russischen Krise gab das Wirtschaftsministerium der Ukraine den lokalen Unternehmen die Empfehlung, von Handelsgeschäften mit Rußland in Rubel Abstand zu nehmen und ausschließlich auf frei konvertierbaren Währungen oder Barterverfahren zu bestehen. In Tadschikistan rief die Nationalbank die Bürger dazu auf, zeitweilig auf den Kauf und Verkauf russischer Rubel zu verzichten, um einen großen Schaden für die Republik durch Devisenspekulationsgeschäfte zu vermeiden. In nächster Zukunft ist kaum mit einer Wiederherstellung der Position des Rubel in der GUS zu rechnen.

## **2. Verstärkte ökonomische Präsenz der russischen Wirtschaft in der GUS als Ausgleich für die Verschuldung der GUS-Länder**

Die Entwicklung der Wirtschaftsbeziehungen zwischen Rußland und den anderen GUS-Ländern wird stark von der Position Rußlands als Gläubiger dieser Staaten bestimmt. Ausnahmslos alle Partner Rußlands in der Gemeinschaft haben Schulden aus 1992-1993 bei der Zentralbank Rußlands aufgenommenen technischen Krediten (die später in Staatskredite umgewandelt wurden) und Staatskrediten, die in den darauffolgenden Jahren gewährt wurden. Außerdem haben einige Länder (vor allem die Ukraine, Belarus, Moldova) erhebliche Zahlungsverpflichtungen für gelieferte Brennstoff-Energie-Ressourcen, insbesondere für Erdgas.

Die von der Zentralbank im Jahre 1992 und in der ersten Hälfte 1993 gewährten technischen Kredite hingen mit dem großen Defizit der GUS-Länder im Handel mit Rußland zusammen. Die Kredite sollten den Warenumsatz ausgleichen und waren in erster Linie dazu bestimmt, die Produktion russischer Betriebe zu bezahlen, die traditionell in die ehemaligen Republiken der UdSSR geliefert wurde. Auf technische Kredite wurden keine Zinsen berechnet, was in Anbetracht der hohen Inflation zum damaligen Zeitpunkt für Rußland äußerst ungünstig war.

---

<sup>11</sup> Finansovye izvestija, 2.2.1995.

Ab dem 1. Juli 1993 stellte die Zentralbank die Gewährung von technischen Krediten ein, und die Verbindlichkeiten von 2.407,5 Mrd. Rbl wurden in Übereinstimmung mit den von den Schuldnerländern unterzeichneten Abkommen in Staatskredite umgewandelt und nach Angaben des GUS-Ministeriums der RF mit 5.293 Mio. USD bewertet.

Seit der zweiten Hälfte 1993 gewährt Rußland GUS-Ländern Staatskredite aus dem föderalen Haushalt. Diese Kredite sind (ebenso wie früher die technischen) zur Bezahlung von in Rußland eingekauften Waren bestimmt. Allerdings vereinbart Rußland hierbei im Unterschied zu den technischen Krediten einige Klauseln, die den Interessen Rußlands in den Handelsbeziehungen mit den Schuldnerländern und dem Ausbau russischer ökonomischer Präsenz dort dienen sollen. Experten betonen, daß die Konditionen bei der Gewährung von Staatskrediten überwiegend den international üblichen entsprechen.

Die Abtragung des Kredits wird für jedes Land individuell unter Berücksichtigung seiner Wirtschaftspolitik geregelt, und der Kredit wird in der Regel für höchstens 5 Jahre gewährt. Der Zinssatz entspricht dem Libor-Satz oder liegt darüber (allerdings um maximal 2%) je nach Staat. Für überfällige Kredite werden erhöhte Zinssätze berechnet. Für "schwache" GUS-Länder gilt, daß der Prozentsatz gleich Libor, aber nicht höher als 5% ist.

Die Höhe des an das jeweilige Land vergebenen Kredits variiert in Abhängigkeit vom ökonomischen Interesse Rußlands an der Kreditvergabe, von der Effizienz des Kreditengagements, von politischen Faktoren und finanziellen Möglichkeiten Rußlands.

Die erteilten Staatskredite werden in USD bewertet, und ihre Tilgung richtet sich nach dem Dollar-Äquivalent.

Die Tilgung von Staatskrediten kann erfolgen: durch Warenlieferungen, durch Übertragung von Vermögenswerten (Übertragung von Aktienpaketen von Schlüsselobjekten in der Industrie), durch Zahlung in Rubel bzw. frei konvertiblen Währungen. Dabei wird die Kreditrückzahlung abgesichert in Form von Geld- oder Vermögenswertsicherheiten, Umwandlung der Verbindlichkeiten in Staatsanleihen durch die Regierung des Kreditnehmerlandes oder anderen Formen, die im Verlauf von Verhandlungen vereinbart werden.

Der Staat, der einen Kredit aufnimmt, verpflichtet sich bei der Außenschuldtilgung zur Gleichbehandlung aller Kreditgeber (unter bestimmten Umständen werden Rußland günstigere Konditionen gewährt).

Die Ablösung von Krediten durch Vermögenswertübertragung (darunter durch Überschreibung von Aktienpaketen von Unternehmen und Aktiengesellschaften) ist nur erlaubt, wenn jeweils das Ministerium für Wirtschaft, für Staatsvermögen und für Finanzen der RF zustimmt und der Übertragungsnutznieser sich verpflichtet, diesen Wert auf der Einnahmenseite des Staatshaushalts verbuchen zu lassen. Verhandlungen über Kreditrückzahlung in Form einer Vermögensübertragung können nur dann aufgenommen werden, wenn bei Vorgesprächen sowohl Rußland als auch das Schuldnerland ihr Interesse am Kauf eines konkreten Objekts bekunden. Außerdem muß hierbei festgelegt werden, wie dieser Vermögenswert, der zur Schuldentilgung übertragen wird, im föderalen Staatshaushalt kompensiert wird.



Die Zuteilung neuer Staatskredite geschieht nur unter der Voraussetzung, daß das Schuldnerland seinen Verpflichtungen bei der Bedienung früherer Kredite unaufgefordert nachkommt.

Eine Umschuldung von erteilten Krediten kann auf Bitte des Schuldnerlandes erfolgen, sofern Rußland das Anliegen für begründet hält bzw. dies in seinem Interesse ist.

Insgesamt hat Rußland von der zweiten Hälfte 1993-1997 GUS-Ländern Staatskredite in Höhe von 1.568,3 Mrd. nicht denominierter Rubel gewährt, was 758,8 Mio. USD entspricht. Kreditnehmer waren alle Länder der Gemeinschaft außer Aserbaidschan und Turkmenistan.

Im Zeitraum von 1994 bis 1997 haben Schuldnerstaaten nach Angaben der Zentralbank Rußlands 1.625,2 Mio. USD an Staatskrediten (einschließlich der umgewandelten technischen Kredite) abgelöst, davon 917,4 Mio. USD an Schulden sowie 707,8 Mio. USD an Zinsen. Jedoch waren viele GUS-Länder angesichts der schwierigen ökonomischen und politischen Situation sowie der Naturkatastrophen, unter denen einige Länder 1992-1997 zu leiden hatten, mit einer vollständigen und rechtzeitigen Kredittilgung (einschließlich Zinszahlung) überfordert.

Unter diesen Umständen erklärte sich Rußland mit der Umschuldung einiger Länder einverstanden. 1996 wurde mit Kirgisien ein Umschuldungsabkommen für 132,8 Mio. USD unterzeichnet, mit dem die Abtragung der Verbindlichkeiten an Rußland auf den Zeitraum 2000-2009 verschoben wird, wobei jährlich jeweils 10% der umgeschuldeten Summe abzulösen sind. Anfang 1997 wurde ein Umschuldungsabkommen zwischen der RF und Georgien in Höhe von 179,3 Mio. USD unterschrieben. Danach trägt Georgien von 2000 bis 2005 jährlich jeweils ein Sechstel der umgeschuldeten Summe in gleich großen Teilen ab. Ein Umschuldungsabkommen gibt es auch mit Armenien (73,7 Mio. USD), mit Moldova (70,0 Mio. USD), mit Usbekistan (500,6 Mio. USD) und mit der Ukraine (1.134,75 Mio. USD). Das Abkommen mit der Ukraine ist allerdings am 1. Januar 1998 durch das Regierungsabkommen vom 28. Mai 1997 über gegenseitige Zahlungen, das mit der Aufteilung der Schwarzmeerflotte und der Stationierung der Schwarzmeerflotte der RF auf ukrainischem Gebiet zusammenhängt, außer Kraft gesetzt worden. Mit diesem Abkommen ersetzt Rußland der Ukraine die erhaltenen Schiffe und Wasserfahrzeuge im Wert von 526,5 Mio. USD durch Anrechnung dieser Summe auf die Schulden der Ukraine bei Rußland. Durch die Nutzung der Marinestützpunkte, die Rußland für die Schwarzmeerflotte pachtet, wird sich die Staatsschuld der Ukraine gegenüber Rußland von 1998 an jährlich um 95,75 Mio. USD verringern.<sup>12</sup>

Belarus unterschrieb im Februar 1996 ein "Null"-Rückzahlungsabkommen mit der RF. Danach wurden Belarus im Gegenzug für den Verzicht auf Forderungen und Kompensationen (für interne Devisenverpflichtungen der früheren UdSSR, für Ausgaben, die mit den Kosten einer ökologischen Untersuchung und Rekultivierung von Dislozierungsorten russischer Truppen-teile zusammenhängen, für die Gebäude, die der russischen Seite von der belarussischen zur Unterbringung von diplomatischen und konsularischen Vertretungen

---

<sup>12</sup> Rossijskaja gazeta, 7.6.1997.

überlassen wurden) die Schulden erlassen. In der Presse hieß es, Rußland verzichte auf ungefähr 470 Mio. USD an belarussischen Verbindlichkeiten und Belarus auf 300 Mio. USD russische Schulden.<sup>13</sup>

Insgesamt betragen nach Angaben der Zentralbank der RF am 1. März 1998 die Schulden aller GUS-Länder bei Rußland 5.431,8 Mio. USD, davon überfällige Verbindlichkeiten 898,4 Mio. USD und überfällige Zinsen 465,4 Mio. USD (s. Tab. 1).

---

<sup>13</sup> Rossijskaja gazeta, 29.2.1996.

*Tabelle 1: Verbindlichkeiten der GUS-Länder gegenüber Rußland nach der Umschuldung von Staatskrediten (Mio. USD)*

Land	Schuldensumme	davon überfällig	
		Schulden	Zinsen
Armenien	94,6	0,1	1,3
Aserbaidshjan	96,3	43,1	13,6
Belarus	53,5	–	0,7
Georgien	181,3	–	0,2
Kasachstan	1.720,0	568,0	379,5
Kirgisien	153,9	–	19,5
Moldova	99,9	30,3	5,7
Tadschikistan	300,8	–	11,1
Turkmenistan	150,4	146,4	–
Ukraine	2.041,7	110,5	1,3
Usbekistan	539,4	–	32,5
GUS insgesamt	5.431,8	898,4	465,4

Die Wirtschaftslage vieler Staaten läßt eine rechtzeitige Bedienung der Schulden bei permanentem Bedarf an neuen Krediten nicht zu.

Gleichzeitig unterbreiten die GUS-Länder Vorschläge, ihre Verbindlichkeiten gegenüber Rußland durch Vermögenswertübertragung abzulösen. Armenien hat zum Beispiel 8 Mio. USD Zinsen damit bezahlt, daß Gebäude mit Grundstücken für die russische Botschaft in Erewan überschrieben wurden. Die Ukraine hat Rußland als Schuldentilgung Trawler im Gesamtwert von 12,5 Mio. USD geliefert.

Seit 1994 gewährt Rußland einigen Ländern Staatskredite gegen die Sicherheit von Beteiligungen an Industrieobjekten auf dem Territorium dieser Länder. Im Jahre 1994 vergab Rußland Kredite an Tadschikistan gegen 50% der Aktien an dem Nurek-Überlandkraftwerk sowie an Armenien gegen 15% der Aktien des Kernkraftwerks, der Betriebe "Armëlektromaš" und der Wein- und Kognakkellerei in St. Petersburg (es gehört Armenien). Georgien erhielt einen Kredit gegen 25% der Aktien der Produktionsvereinigung "Élektrozostroitel", 20% der Aktien der Weinkellerei "Samtrest" und 20% der Aktien der Produktionsvereinigung "Čiaturmarganec" als Sicherheit. Eine Bedingung für die Gewährung von Krediten an Moldova waren 30% der Aktien des "Al'fa"-Werks (Fernseher, Haushaltselektronik), des "Sčetmaš"-Werks und einiger Rüstungsbetriebe.

Das Regierungsabkommen von 1997 über die Gewährung eines Staatskredits an Armenien sieht vor, daß die Rückzahlung dadurch abgesichert wird, daß Aktien von armenischen Betrieben der russischen Seite als Pfand übertragen werden.

In den Abkommen, die Rußland in den letzten Jahren mit einigen Ländern unterzeichnet hat, ist eine teilweise Ablösung der Schulden durch Übertragung von Vermögenswerten und Wertpapieren – Aktien, Wechsel und Staatsanleihen – vorgesehen. Nach einem Abkommen von 1996 soll Kirgistan einen Teil seiner Verbindlichkeiten durch Übertragung von Eigentumsrechten an einigen Objekten an Rußland und russische Betriebe abgeben. Die teilweise Ablösung von Schulden durch Vermögenswertübertragung sehen auch die Abkommen zwischen Rußland und Armenien sowie Moldova vor.

Nach Ansicht von Spezialisten kann dieser Modus von Besitzerwerb in den GUS-Ländern als Grundlage für die Bildung transnationaler Gesellschaften und Finanz-Industrie-Gruppen dienen und dürfte letztendlich die Position russischen Kapitals auf dem GUS-Markt festigen. Häufig jedoch werden Rußland zur Schuldenabtragung Beteiligungen an Betrieben angeboten, die für das russische Kapital uninteressant und zuweilen unrentabel sind. Kasachstan war zum Beispiel bereit, der russischen Organisation "Roskontrakt" Dutzende von Unternehmen zur treuhänderischen Verwaltung mit dem Ziel des Aufkaufs zu übertragen, während die russische Seite nicht geneigt war, diese kaum lebensfähigen Unternehmen zu erwerben. Kirgisien bot der russischen Regierung 1996 Wertpapiere von 52 Betrieben an, einschließlich einer der größten AGs, "Elektrovigatel" in Biškek, allerdings war die russische Seite nicht willens, die Aktien dieser Unternehmen zu erwerben, die die kirgisische Seite loswerden wollte. Tadschikistan offerierte Rußland die Beteiligung an Unternehmen der extraktiven Industrie, die (abgesehen von Kohlebergwerken) in der Regel nicht ineffizient arbeiten.

Gleichzeitig wurden effiziente Betriebe (zum Beispiel in der NE-Metallurgie) Rußland nicht angeboten. Sie waren für Investoren aus Drittländern gedacht und sollten einen Zustrom finanzieller Ressourcen in harter Währung gewährleisten und nicht nur die Begleichung alter Forderungen.<sup>14</sup> Deswegen ist es kaum gerechtfertigt, *jeden* Tausch Schulden gegen Eigentumstitel als Mittel zur Festigung der russischen Position in der Wirtschaft der GUS zu betrachten. Ein solches Mittel ist ausschließlich die Übertragung von Eigentumsrechten an *effizient arbeitenden Betrieben*, was in der Praxis relativ selten geschieht.

Wie bereits erwähnt, haben einige Länder neben Verbindlichkeiten aus Staatskrediten auch Schulden für Brennstoff-Energie-Lieferungen, vor allem von Erdgas, Erdöl und Ölprodukten. Allein für Gas hatten die GUS-Länder Anfang Oktober 1998 2 Mrd. USD Außenstände bei Rußland.<sup>15</sup>

Der größte Gasschuldner ist die Ukraine. Die Schulden dieser Republik bei "Gazprom" sind seit einigen Jahren der wunde Punkt in den russisch-ukrainischen Beziehungen, wobei unterschiedliche Lösungsansätze versucht werden. 1995 begab die Ukraine, um ihre Schulden bei "Gazprom" abzutragen, Sonderschuldverschreibungen von 1,4 Mrd. USD, die bald auf dem Sekundärmarkt kursierten. Insgesamt sind 40 Ausgaben der Schuldverschreibungen mit quar-

---

<sup>14</sup> V.R. Evstigneev, Valjutno-finansovaja integracija v ES i SNG: sravnitel'nyj semantičeskij analiz, Moskau 1997, S. 127.

<sup>15</sup> Izvestija, 7.10.1998.

talsweiser Tilgung von 1997 bis 2007 vorgesehen. Der Jahreszins der Schuldverschreibungen betrug 5-8%. "Gazprom" deponierte die Schuldverschreibungen bei der Nationalen Reservebank, die ihm teilweise gehört und später ein großes Paket davon im Wert von 870 Mio. USD erwarb. Die einflußreiche Moskauer "ONÉKSIMbank" soll ein Paket im Wert von 400 Mio. USD in ihren Besitz gebracht haben.<sup>16</sup> Im weiteren zog es die Ukraine vor, die neuen Schulden durch Warenlieferungen, darunter Lebensmittel, abzugelten. 1998 lief der Universaltanker "Nikolaev" vom Stapel, der "Gazprom" zur Begleichung der Schuld, die am 1. Oktober 1998 670 Mio. USD betrug, übergeben werden soll.<sup>17</sup> Es ist festzuhalten, daß die ukrainische Seite bis vor kurzem der Idee anhing, ihre Schulden bei der "Gazprom" gegen die russischen Schulden bei ukrainischen Maschinenbauern zu "tauschen", kürzlich aber diese Idee aufgab, die für "Gazprom" äußerst unvorteilhaft gewesen wäre.

In den nächsten Jahren wird die Ukraine ihre Schulden voraussichtlich durch die Lieferung von Rohren für Erdöl- und Gasleitungen abtragen. Im Juni 1996 haben die ukrainische Gesellschaft "Einheitliche Energiesysteme" und die AG "Gazprom" ein Abkommen über die Gründung einer transnationalen Gesellschaft zur Herstellung und Lieferung von großdiametralen Rohren für die Erdöl- und Gaspipelines, "Trubtrans", unterschrieben. Im Jahre 2000 will "Trubtrans" 2 Mio. t qualitativ hochwertiger Rohre pro Jahr produzieren. Mit diesen Rohren will die Ukraine "Gazprom" bezahlen, was durchaus im Sinne des russischen Konzerns wäre. Gleichzeitig hat die Ukraine nicht vor, Aktien der größten Unternehmen "Gazprom" zu übertragen, was die Position des Konzerns in der Republik zweifellos festigen, nach Ansicht der Behörden der Ukraine aber die ökonomische Unabhängigkeit des Landes unterminieren würde.

Vor dem Problem nicht bezahlter Energielieferungen steht auch Belarus. Das Land hat die Modalitäten der Schuldenabtragung in den letzten Jahren mehrfach geändert. Nach dem Abkommen von 1996 sollten die Schulden der staatlichen belarussischen Gesellschaft "Beltransgaz" bei "Gazprom" in Höhe von 642,5 Mio. USD und eine Überziehungspönale von 200 Mio. hauptsächlich durch Lieferungen von Industrieprodukten und Lebensmitteln aus Belarus in die Regionen Rußlands ausgeglichen werden, durch Anrechnung auf die budgetären Abgabenrückstände von "Gazprom". Die "Belvnešekonombank" stellte der "Beltransgaz" Wechsel aus, mit denen die Lieferung belarussischer Waren nach Rußland garantiert wurde, während die belarussische Regierung für das Risiko der "Belvnešekonombank" bürgte.<sup>18</sup> Eine Form der Schuldenabtragung ist, daß belarussische Bauarbeiter auf Bauobjekten in den Regionen der RF arbeiten und damit die überfälligen Abführungen der "Gazprom" an den föderalen Haushalt abtragen. 1997 arbeiteten im Gebiet Kaliningrad ungefähr 600 belarussische Bauarbeiter; das Volumen der von ihnen erbrachten Leistung belief sich Anfang 1997 auf mehr als 11,2 Mio. USD. In dieser Höhe wurde die Schuld der Republik Belarus bei der AG

---

<sup>16</sup> Finansovye izvestija, 11.3.1997.

<sup>17</sup> Izvestija, 21.10.1998. Nach einigen Schätzungen müssen die ukrainischen Schulden für Gas höher sein, da die aufgeführte Summe nicht die Schulden von privaten Gashändlern bei der "Gazprom" enthält.

<sup>18</sup> Tacis European expertise service, Belarus economic trends: monthly update, November 1996, S. 5.

"Gazprom" gelöscht. 1997 war der Einsatz belarussischer Bauarbeiter im Kaliningrader Gebiet geplant, bei dem Bauleistungen für weitere 12,5 Mio. USD erbracht werden sollten.

1997-1998 bezahlte Belarus die Energielieferungen aus Rußland nicht regelmäßig und hielt die vereinbarten Konditionen nicht ein. Die ausstehenden Verbindlichkeiten für Gas stiegen ständig weiter an und erreichten im Frühjahr 1998 230 Mio. USD. Im Laufe von Verhandlungen, die im April 1998 zwischen der Führung von Belarus und der "Gazprom" stattfanden, wurde eine Umschuldung des belarussischen Betreibers der Gasversorgungsnetzes, des staatlichen Unternehmens "Beltransgaz", vereinbart. Die belarussische Regierung sollte in Höhe der ausstehenden Schulden Schuldverschreibungen mit Tilgungsfrist nach dem Jahre 200 emittieren und sie dem russischen Monopolisten übergeben. Dabei schlug die russische Seite vor, die Schuldverschreibungen mit einer materiellen Garantie auszustatten, d.h. Aktien einiger Unternehmen zu übergeben, die den Konzern interessieren.

Eine Liste solcher Unternehmen war schon im Jahre 1994 erstellt worden und schloß den Staatsbetrieb "Beltransgaz", die Produktionsvereinigung "Chimvolokno" u.a. ein. Mit dem erwähnten Vorschlag hat "Gazprom" versucht, die Außenschuld des Landes für den Ausbau seiner ökonomischen Präsenz zu nutzen. Die belarussische Führung hat sich noch bis vor kurzem gegen eine Übergabe von Aktien der Schlüsselbetriebe gewehrt. Angeblich sind aber schon Vorbereitungen im Gange, einige große Betriebe, die bisher in Staatsbesitz waren, in AGs umzuwandeln und einen Teil ihrer Aktien anschließend "Gazprom" zu übergeben.

Offen ist bislang die Frage, wie Belarus seine Schulden bei russischen Ölgesellschaften, die sich im Juni 1998 auf 170 Mio. USD beliefen, bezahlen will. Erörtert wurde die Variante, diesen Gesellschaften (vor allem "LUKoil", "JuKOS", "Slavneft" und "Surgutneftegaz") Aktien der erdölverarbeitenden Betriebe in Mozyr' und Novopolock zu übergeben. Zur Zeit erklärt die belarussische Seite, an eine Übertragung dieser Aktien sei nicht gedacht; nach Ansicht einiger Experten ist diese Haltung allerdings nicht endgültig.

Besonders deutlich läßt sich der Zusammenhang zwischen Schulden für russische Energieresourcen und dem Ausbau der ökonomischen Präsenz russischen Kapitals in Schuldnerländern an den Beziehungen RF-Moldova nachvollziehen. Seit 1993 ist diese Republik regelmäßig Schuldnerin von "Gazprom", ihre Außenstände belaufen sich auf Hunderte Millionen Dollar. Im März 1995 unterschrieben "Gazprom" und der Staatskonzern "Moldova-gaz" ein Sonderprogramm zur Schuldentilgung (Stand 1.1.1995: 224,3 Mio. USD), wonach unter anderem die durch Moldova führenden Gasleitungsabschnitte als "Gazprom"-Anteil in das Stammkapital des entstehenden russisch-moldauischen Joint-ventures "Gazsnabtranzit" einfließen. Nach Ansicht von Experten läßt sich "Gazprom" bei diesem Joint-venture vor allem von dem Bestreben leiten, einen sicheren Transit von Gas durch Moldova in Drittstaaten zu gewährleisten. Rußland, das Brennstoffe aus dem Norden über die Ukraine, Moldova, Rumänien, Bulgarien und die Türkei bis nach Griechenland transportiert, wollte auf diesem Transitweg einen gewissen Einfluß haben und sicher sein, daß die Gasleitung normal genutzt und rechtzeitig instand gesetzt wird.

Das Problem der Verschuldung Moldovas hat auch in den letzten Jahre nichts an Aktualität eingebüßt. Im Herbst 1998 lagen die Schulden der Republik für bereits geliefertes russisches Gas bei 215 Mio. USD, mindestens 350 Mio. USD schuldete Transnistrien.<sup>19</sup> Anfang 1998 beschloß das moldauische Parlament, da dem Land harte Währung fehlte, "Gazprom"-Schulden durch Vermögen auszugleichen. Das Projekt eines Gemeinschaftsunternehmens entstand: Der Staatsbetrieb "Moldova-gaz" und das moldauisch-russische Joint-venture "Gazsnabtranzit" sollten aufgelöst und ihr Vermögen an das neue Joint-venture übertragen werden. Das Grundkapital der neuen "Moldova-gaz" AG soll 250 Mio. USD betragen. 50% der Aktien der neuen Gesellschaft werden auf die Schulden angerechnet und "Gazprom" übergeben, 36% erhält Moldova und 14% Transnistrien.<sup>20</sup>

Neben dem Aktienkontrollpaket der neuen "Moldova-gaz" AG hat sich die moldauische Regierung im Herbst 1998 dazu entschlossen, "Gazprom" auch staatliche Wertpapiere im Wert von 90 Mio. USD gegen Anrechnung auf die Außenstände für Gaslieferungen 1996-1997 anzubieten. Die Staatsanleihen sollen dem russischen Konzern für 7 Jahre mit 7,5% Jahreszins zur Verfügung gestellt werden (1996 hat Moldova "Gazprom" zu denselben Konditionen Staatsanleihen für 140 Mio. USD übertragen).<sup>21</sup> Der geplante Transfer von Staatsanleihen stieß allerdings auf den Unmut des IWF, nach dessen Auffassung die moldauische Regierung kein Recht hat, die Schulden von Wirtschaftssubjekten zu übernehmen und die Außenverschuldung des Staates zu vergrößern. Angeblich will der IWF die Auszahlung der fälligen Kredittranche an Moldova wegen der voraussichtlichen Übertragung von Staatsanleihen an "Gazprom" zurückhalten.

Daß die Verschuldung von Ländern dazu benutzt wird, die eigene ökonomische Präsenz dort zu festigen, trifft inzwischen nicht nur für die Erdöl- und Erdgasbranche Rußlands, sondern auch für den Monopolisten im Bereich der Elektroenergieversorgung, die "Vereinigte Energiesysteme" AG zu, bei der die GUS-Länder ebenfalls hoch verschuldet sind. Im September-Oktober 1996 übertrug Kasachstan den "Vereinigten Energiesystemen Rußlands" eine Reihe von Objekten des Ekibastuz-Energiekomplexes zum Ausgleich von Schulden. Der Erwerb von volkswirtschaftlich relevanten Objekten des Konzerns ist auch in anderen Ländern denkbar.

### **3. Die Aussichten einer Intensivierung der Präsenz der russischen Wirtschaft in den GUS-Staaten**

Die Dimensionen, Ausrichtungen und Formen der ökonomischen Präsenz Rußlands in den GUS-Ländern werden in den nächsten Jahren von einer ganzen Reihe zusammenhängender Faktoren abhängen: von der Wirtschaftslage in Rußland und den Partnerländern, vom Verlauf der marktwirtschaftlichen Reformen, von der Entfaltung der Integrationstendenzen in der Region und ihrer Relation zu den Desintegrationstendenzen, von den Aktivitäten dritter Staaten

---

<sup>19</sup> Izvestija, 7.10.1998.

<sup>20</sup> Ékonomičeskie novosti Rossii i Sodružestva, Nr. 6, 1998, S. 3.

<sup>21</sup> Ebenda.

in der Gemeinschaft u.ä. Dabei werden neben ökonomischen Faktoren offensichtlich auch politische und strategische Faktoren eine bedeutende Rolle spielen, die sich in einigen Fällen (insbesondere bei der russisch-belarussischen Integration) als dominierend erweisen können.

Auf die Position Rußlands in den Außenhandelsbeziehungen zu seinen GUS-Partnern (und auf die wirtschaftliche Zusammenarbeit mit ihnen insgesamt) wird sich zum einen der Umorientierungsprozeß vieler GUS-Länder auf das "ferne Ausland", zum anderen die nach wie vor bestehende (sich punktuell sogar verstärkende) wechselseitige ökonomische Abhängigkeit zwischen der RF und anderen GUS-Staaten auswirken. Einige Länder (insbesondere Georgien, Aserbaidshan und Turkmenistan) dürften in den nächsten Jahren die Umstellung ihres Außenhandels auf Drittstaaten (eventuell auch auf andere GUS-Länder außer Rußland) fortsetzen. Durch die Realisierung einiger geplanter Transportwege für Energieträger aus Aserbaidshan, Kasachstan und Turkmenistan unter Umgehung Rußlands sowie durch geopolitische Faktoren (insbesondere die zunehmende Annäherung Georgiens, der Ukraine und einiger anderer Länder an den Westen) wird die Umstellung gefördert werden. Der Anteil Rußlands am Außenhandelsumsatz dieser Länder wird wahrscheinlich sinken.

Dennoch besteht zwischen Rußland und seinen GUS-Partnern nach wie vor eine tiefgehende ökonomische Abhängigkeit, die offensichtlich auch in Zukunft erhalten bleiben wird. Einige Länder der GUS (insbesondere die Ukraine, Belarus und Moldova) befinden sich in sehr starker Abhängigkeit von Energielieferungen aus Rußland, von wo sie 80-100% der erforderlichen Brennstoffe beziehen, obwohl sich diese Abhängigkeit in der Perspektive wohl eher verringern wird.

Rußland ist seinerseits von den GUS-Partnern abhängig, was einer der Hauptgründe seines Interesses an der Entfaltung der Handels- und Wirtschaftsbeziehungen mit ihnen ist. Der Bedarf Rußlands an Mangankonzentraten wird vollständig durch Einfuhren aus der Ukraine (80%), Georgien und Kasachstan sowie an Chrom durch Lieferungen aus Kasachstan gedeckt; die gesamte Lack- und Farbenproduktpalette kommt aus der Ukraine.

Obwohl sich auf dem Territorium Rußlands über 80% aller Produktionskapazitäten des Rüstungssektors der ehemaligen UdSSR befinden, können sie, wenn sie mit den GUS-Ländern nicht kooperieren, lediglich 17% der militärischen Güter herstellen. Über 82% der Positionen, die zu staatlichen Rüstungsaufträgen gehören, müssen unter Beteiligung von Betrieben aus den GUS-Ländern produziert werden. Wollte man in Rußlands alternative Produktionsstätten des Rüstungssektors schaffen, wären mindestens 5 Mrd. USD notwendig.<sup>22</sup>

Insgesamt hängt nach vorliegenden Schätzungen der Aufschwung von 102 Branchen von der Entwicklung der Zusammenarbeit mit den GUS-Partnern ab.

Der Aktivierung der Handelsbeziehungen Rußlands mit den Partnerländern und der Verstärkung der russischen ökonomischen Präsenz dort dürfte die Entfaltung der Integrationsprozesse im Rahmen des Vierer-Bündnisses (Belarus, Kasachstan, Kirgisien,

---

<sup>22</sup> *Ėkonomičeskie novosti Rossii i Sodružestva*, Nr. 3, 1998, S. 10.



Rußland) und insbesondere der Union zwischen Belarus und Rußland förderlich sein. Die Umsetzung der innerhalb dieser Gruppierungen geplanten Integrationsmaßnahmen (insbesondere die vollständige Aufhebung der Handelsbeschränkungen und künftig auch der Begrenzungen für die Bewegung von Kapital und Arbeitskräften, die Vereinheitlichung der Zolltarife und der Wirtschaftsgesetzgebung) könnte vermutlich die wirtschaftliche Position Rußlands, des bekanntlich ökonomisch stärksten Mitgliedslands der GUS, dort festigen und das Vordringen russischen Kapitals verstärken. Allerdings müssen, um die Zusammenarbeit Rußlands mit seinen Partnern in den Integrationsgruppen zu optimieren, einige schwierige Fragen gelöst werden, einschließlich Abstimmung der Außenwirtschafts-, Finanz-, Struktur- und Sozialpolitik, Synchronisierung der marktwirtschaftlichen Reformen u.a.

Ein wichtiges Merkmal der ökonomischen Zusammenarbeit zwischen Rußland und seinen GUS-Partnern ist die Umstellung dieser Kooperation auf eine langfristige Basis (zumindest bei einigen Ländern). Anfang 1998 wurde deswegen auf höchster Ebene der Vertrag über wirtschaftliche Zusammenarbeit zwischen Rußland und der Ukraine für 1998-2007 unterzeichnet, der einen beträchtlichen Ausbau der Zusammenarbeit und die Förderung von aussichtsreichen Kooperationsformen vorsieht. Zwischen beiden Ländern soll unter anderem der Freihandel realisiert und optimiert, etappenweise ein Gemeinsamer Wirtschaftsraum gebildet und der strukturelle Umbau der Wirtschaften abgestimmt werden, und die nationalen Gesetzgebungen sind zu diesem Zweck zu harmonisieren. Besondere Bedeutung wird der Zusammenarbeit in den sieben strategischen Branchen eingeräumt: Brennstoff-Energie-Komplex, Weltraumforschung, Atomenergiewirtschaft, Elektronik, Flugzeugbau, Transportwesen und Landwirtschaft. In einigen davon gibt es bereits konkrete gemeinsame Projekte, die in nächster Zeit realisiert werden können.

Unter dem Aspekt des Ausbaus der ökonomischen Präsenz Rußlands in der Ukraine sind besonders freier Kapitalfluß zwischen dem ukrainischen und russischen Markt, Intensivierung der Investitionspolitik auf beiderseitig vorteilhafter Grundlage und die Gründung von transnationalen Finanz-Industrie-Gruppen wichtig.<sup>23</sup>

Im Oktober 1998 hat Rußland mit Usbekistan ein Kooperationsabkommen für 1998-2007 unterzeichnet. In den Beziehungen zu diesem Land, das bis vor kurzem die Handelsbeziehungen zu Rußland nicht allzu aktiv pflegte, scheint sich für die kommenden Jahre ein deutlicher Fortschritt abzuzeichnen. Usbekistan bot den Geschäftskreisen Rußlands die Beteiligung an 137 Investitionsvorhaben an. Darunter können hervorgehoben werden: die geplante gemeinsame Herstellung von Kühlschrankschneidern für private Haushalte, von gasbetriebenen Warmwasserbereitern, von Kompressoranlagen für Autos, die Produktion von Ausrüstungen für Fernsprechkablen für ländliche Gegenden, von modernen Transformatoren, von Traktoren u.ä. Russische Unternehmer sollen auch an der Elektrifizierung der Eisenbahn, an der Wiederherstellung des Stahlschmelzsektors, der Produktion besonders reiner Wolfram- und Molybdänverbindungen sowie von Baumwollzellulose zur Papierherstellung teilnehmen. Die usbekische Seite hofft, mit finanzieller Beteiligung Rußlands das Werk zur Herstellung von

---

<sup>23</sup> Finansovye izvestija, 3.3.1998.

Äthylalkohol im Gebiet Samarkand fertigzustellen und ein internationales radioastronomisches Observatorium einzurichten. Russische Organisationen sind auch aufgefordert, sich an der Reorganisation des Rundfunk- und Fernsehnetzes zu beteiligen, die im Jahre 2000 abgeschlossen sein soll.<sup>24</sup> Die RF und Usbekistan gründen die internationale Flugzeuggesellschaft "Il'jušin", die den gesamten Produktionszyklus von der Projektierung der Flugzeuge bis zu ihrem Bau und anschließender Wartung umfassen soll.

Rußland beabsichtigt, langfristige Kooperationsabkommen auch mit einigen anderen GUS-Ländern zu unterzeichnen. Die Umsetzung dieser Dokumente soll unter anderem das weitere Vordringen russischen Kapitals in die Wirtschaft der Partnerländer fördern.

Ein wesentlicher Faktor, der die Position der russischen Geschäftswelt festigen soll, müßte die Vertiefung der marktwirtschaftlichen Reformen in den GUS-Ländern in den kommenden Jahren sein, vor allem die Privatisierung von Staatsbesitz und die Liberalisierung der Wirtschaftstätigkeit. Die Vertiefung von Reformen soll in allen Staaten der Gemeinschaft erfolgen, wobei einige von ihnen, insbesondere Belarus, eine enge Anbindung und Synchronisierung "ihrer" Reformen mit denen Rußlands beabsichtigen. Dies müßte dem russischen Kapital neue Expansionsmöglichkeiten in der Region bieten. Allerdings dürften diese Chancen kaum voll genutzt werden können angesichts der stabilen Position des weitaus mächtigeren Kapitals aus dem "fernen Ausland" in den meisten GUS-Staaten.

Das Engagement der russischen Geschäftswelt wird also einerseits davon abhängen, inwieweit fortgeschritten die Reformen im jeweiligen Land sind, und andererseits vom ökonomischen und außenpolitischen Stellenwert des Landes für Rußland ebenso wie seinem außenwirtschaftlichen und außenpolitischen Kurs. In diesem Zusammenhang ist mit einem Ausbau der Präsenz Rußlands in Belarus, der Ukraine, Kasachstan, Usbekistan, Moldova und Kirgisien, in einem geringeren Grad in Turkmenistan, Tadschikistan und den Kaukasusrepubliken zu rechnen.

Allerdings ist dabei zu bedenken, daß Rußlands Position in der letzten Zeit deutlich schwächer geworden ist und sich die Folgen davon noch lange bemerkbar machen werden. Die RF ist aufgrund der Finanzkrise vom August/September 1998 nicht imstande, den GUS-Partnern nennenswerte Kredithilfen zu gewähren. Der Anteil Rußlands an den Krediten, die den GUS-Ländern in den letzten zwei bis drei Jahren gewährt wurden, liegt bei ein paar Prozent und wird nach Expertenschätzungen weiter sinken. Der überwältigende Anteil der Kredite kommt aus dem Westen und von den internationalen Finanzorganisationen, die sich bei der Kreditvergabe nicht selten eine dem Westen genehme Politik (darunter auch die Distanzierung der Empfängerländer von Rußland) ausbedingen.

Dennoch sollte die negative Auswirkung einer Erweiterung der Beziehungen der GUS-Länder zu hochentwickelten Staaten auf die Handels- und Wirtschaftsbeziehungen mit Rußland nicht übertrieben werden. In vielen GUS-Ländern, insbesondere in denjenigen ohne nennenswerte Rohstoffressourcen, reift die Erkenntnis, daß die Umstellung auf den Westen, wo ihre Erzeug-

---

<sup>24</sup> BIKI, 30.5.1998, S. 3.

nisse, abgesehen von einigen Rohstoffen, nicht nachgefragt werden, eine weitere Verschlechterung und Degradierung ihrer Wirtschaftsstruktur und Zerstörung der fortschrittlichen wissenschaftsintensiven Zweige zur Folge haben kann. Auch die oben festgestellte starke ökonomische Abhängigkeit trägt objektiv zur Aktivierung der Wirtschaftsbeziehungen zwischen den Ländern der Gemeinschaft mit Rußland bei. Abgesehen davon sind effiziente Kooperationsformen zwischen russischen und westlichen Firmen in der GUS vorstellbar.

Viele Fachleute betonen, daß eine Festigung der Position Rußlands in der GUS dadurch behindert wird, daß die Führung des Landes keine konsequente Haltung in bezug auf die GUS zeigt. Diese Politik ist mit den unterschiedlich gelagerten Interessen der Branchen sowie der ökonomischen und politischen Gruppierungen zu erklären. Während die verarbeitenden Zweige, vor allem der Maschinenbau, eng mit den GUS-Partnern verbunden, von ihnen stark abhängig und darum an einer prioritären Entwicklung dieser Beziehungen und Vorzugsbedingungen dafür interessiert sind, gibt es Kompradorenkreise, die auf den Import westlicher Waren im Austausch gegen russische Brenn- und Rohstoffe setzen und somit gegen eine Vertiefung der Beziehungen zu GUS-Ländern und gegen ihre Vorzugsbehandlung eintreten. Gegen eine Annäherung an die Länder der Gemeinschaft waren faktisch, solange es die GUS gibt, auch die Radikalreformer, da sie diesen Kurs für ein Hindernis auf dem Weg zu Reformen und vor allem zu finanzieller Stabilisierung halten. Infolge dieser gegenläufigen Tendenzen war auch die offizielle Haltung Rußlands zur GUS widersprüchlich und eigentlich ambivalent.

1998 hat sich die Situation diesbezüglich geändert. Die Gegner einer Annäherung an die GUS haben ihren Einfluß in der Führung des Landes im wesentlichen verloren. Die neue Regierung mit Evgenij Primakov an der Spitze hält die Aktivierung der Beziehungen zu den GUS-Partnern (einschließlich der Vertiefung einer auf die Integration abzielenden Zusammenarbeit mit den am meisten darauf vorbereiteten Ländern, vor allem mit Belarus) für eine prioritäre Aufgabe. Sollte dieser Kurs konsequent umgesetzt werden, wäre dies zweifellos ein wichtiger Faktor zur Festigung der russischen Position in der Wirtschaft der GUS-Länder.

In Zukunft wird eine stärkere ökonomische Präsenz Rußlands auf dem GUS-Markt in erster Linie von der Wettbewerbsfähigkeit seiner Unternehmen und Firmen im Vergleich zu westlichen abhängen. Für die von der russischen Regierung beschlossene Aufgabe, die Zusammenarbeit mit der GUS auszubauen, muß Rußland einen Katalog staatlicher Unterstützungsmaßnahmen für ein zunehmendes Engagement russischen Kapitals in diesen Ländern und einen rechtlichen Rahmen für die Kooperation in dem postsowjetischen Raum ausarbeiten. Ohne starke staatliche Patronage dürfte es russischen Unternehmern angesichts der harten Konkurrenz seitens der weitaus kapitalkräftigeren transnationalen westlichen Strukturen kaum gelingen, in der GUS zu expandieren.

Auch die jüngsten finanziellen Erschütterungen in Rußland werden sich insofern bemerkbar machen, als eine gewisse "Umverteilung des Engagements" in der Region zwischen russischem Industrie- und Finanzkapital stattfinden wird. Während das Industriekapital (insbesondere der Brenn- und Rohstoffsektor), das seine Position in Rußland deutlich

ausbauen konnte, seine Expansion wahrscheinlich verstärkt fortsetzen wird, weil es neue, infolge der Krise entstandene Wettbewerbsvorteile nutzen kann (insbesondere den rapiden Fall des Rubelkurses), könnten Banken und andere Geldinstitute, die in einer sehr schwierigen Lage stecken, ihre Tätigkeit ganz einstellen oder ihr Engagement beträchtlich reduzieren.

Bei einem deutlichen Rückgang des Handels Rußlands mit dem "fernen Ausland" könnte der Anteil der GUS-Länder am Außenhandel in nächster Zeit geringfügig zunehmen, am wahrscheinlichsten ist aber eine Stabilisierung auf dem heutigen Stand (22-23%) mit geringen Abweichungen.

**Aleksej Šurubovič/Natalija Ušakova**

## **The Presence of the Russian Economy in the CIS**

### Part II: Financial Relations

Bericht des BIOst Nr. 10/1998

## **Summary**

### *Introductory Remarks*

This two-part report analyses Russia's presence in the most important economic sectors in the countries of the CIS, indicates the problems present, and assesses the prospects for Russia consolidating its position in the countries of the Commonwealth. It studies in detail the place Russia holds in the foreign-trade relations of the CIS member countries, the presence of Russian capital in the material production sector and the finance sector in these countries. Particular attention is paid to the CIS countries' debts with Russia as a factor of expansion. The report describes the forms of Russian presence in the most important economic sectors of the countries of the Commonwealth and the potential future orientation of that presence. It examines the consequences of the financial crisis in Russia, as far as these can be discerned at this time, from the aspect of the expansion of Russia's economic position within the CIS.

The sources used were: data material from the Inter-State Statistical Committee of the CIS, the Goskomstat of the Russian Federation (RF), information received from the authorities concerned with economic affairs (the CIS Ministry, the Ministry of the Economy, etc.), and academic studies and journals from Russia and other countries of the CIS.

### *Findings*

1. The expansion of Russian capital into the finance sector in the countries of the CIS, primarily in the respective banking systems, is an important marching route. Russian banks are active in nearly all countries of the Commonwealth and are founding branch offices, subsidiaries and agencies there, and are buying shares in the domestic banks. They are gradually expanding their business activities: while they previously did most of their business with two-way money transfers and operations in currencies of limited convertibility, they are now working with securities and are issuing loans to industrial enterprises in the partner countries. In some countries it was the Russian banks that first introduced modern banking services, new, efficient forms of money transfer and financial instruments. Russian capital has most recently been attempting to gain a footing in the insurance industries of some countries and in the securities markets, although it is hardly in evidence there as yet. Until not so long ago, the large-scale use of the Russian rouble in mutual payments helped to consolidate Russia's economic position. However, as a

result of recent events on the Russian financial market, the rouble is gradually being displaced from the clearing system, and this could in future have severe negative consequences for Russia's economic rôle in the region.

2. Russia's rôle as a lender to practically all its partner countries is also helping to expand its position. All the countries of the Commonwealth have outstanding debts to Russia from former state loans. Some are also deeply in debt with the Russian fuel/energy complex. Russia is attempting to take advantage of this situation to expand its presence in these countries by taking over promising businesses in return for cancellation of outstanding debts and by accepting shares in businesses as security for loans granted. Since some countries of the Commonwealth are heavily dependent on energy supplies from Russia, the Russian fuel/energy companies are stiffening their terms of trade with the intention of bringing the most important enterprises of this sector and other branches in the countries in question under their own control. However, up to now Russia has not been able to exploit the debt factor to the full, as its partner countries are reluctant to relinquish control over their key enterprises and branches.
3. In the near future, the expansion of Russia's presence in the countries of the CIS and the evolution of trade and economic relations between Russia and its partners as a whole will depend on a number of different factors: on the economic situation in Russia and the countries of the CIS, on the progress of the integration processes in the region, on the course of market economy reforms, on political and geopolitical factors, etc. The transition to a long-term basis could be an important feature of economic co-operation in the years to come, opening up new opportunities for Russian businessmen in the CIS. Russia's position in the region can be expected to be strengthened by the Russian government's discernible new course of re-activating and actually giving priority to relations with the countries of the CIS. All in all, it is likely that, in the light of obvious difficulties in its trade and economic relations with the "far abroad", Russia will turn more towards the countries of the CIS in the foreseeable future. Russia will probably be able to hold its economic presence in these countries. But given its own extreme weakness and active competition from outside the Commonwealth, it is hardly likely that Russia will be able to expand its position in the region to any significant extent.